

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Finanzausschusses**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. März 2006  
– Drucksache 13/5226**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;  
hier: Denkschrift 2004 des Rechnungshofs zur Landeshaus-  
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-  
haltsjahr 2002 (Nr. 5)  
– Einheitliches Personalverwaltungssystem und Füh-  
rungsinformationssystem Personal**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

1. von der Mitteilung der Landesregierung vom 29. März 2006 – Drucksache 13/5226 – Kenntnis zu nehmen;
2. die Landesregierung zu ersuchen,
  - a) darauf hinzuwirken, dass der Hochschulbereich in das einheitliche Personalverwaltungssystem und Führungsinformationssystem Personal mit aufgenommen wird;
  - b) dem Landtag bis Ende 2007 erneut zu berichten.

28. 09. 2006

Der Berichterstatter:

Klein

Der Vorsitzende:

Rust

## Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 13/5226 in seiner 2. Sitzung am 28. September 2006.

Der Berichterstatter führte aus, der Rechnungshof habe in dem aufgerufenen Denkschriftbeitrag angeregt, alle Behörden des Landes an ein einheitliches Personalverwaltungssystem anzuschließen. Aufgrund dieser Anregung habe der Landtag die Landesregierung durch Beschluss vom 6. Oktober 2005 schließlich ersucht, eine Entscheidung über die Frage des Zwangsanschlusses der Ressorts und anderer Landeseinrichtungen an das DIPSY-Verfahren zu treffen.

Inzwischen habe das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) erklärt, dass Ende 2006 die Personaldaten von über 90 % der Landesbediensteten mit DIPSY verwaltet würden. Insofern schlage er vor, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

Eine Abgeordnete der SPD brachte vor, die Landesregierung schreibe in ihrem Bericht, dass der Hochschulbereich vom Einsatz des DIPSY-Verfahrens vorläufig ausgenommen sei; außerdem werde das LBV mit dem Wissenschaftsministerium wegen einer Übernahme von DIPSY verhandeln. Sie interessiere, wie weit diese Gespräche gediehen seien.

Ein Abgeordneter der Grünen fügte hinzu, nach Angaben des LBV habe der Grad der Nutzung von DIPSY in der Landesverwaltung zum 31. Dezember 2005 bei 85 % gelegen. Er frage, wie der aktuelle Stand sei und wie sich die Lage in den Bereichen Kultus und Justiz darstelle, die die Einführung von DIPSY damals sehr nachrangig betrieben hätten.

Ein Vertreter des Finanzministeriums teilte mit, der Kultusbereich sei inzwischen nach einem relativ aufwendigen und zum Teil schwierigen Prozess komplett in das Verfahren einbezogen. So sei es notwendig gewesen, viele nicht mit den Vorgaben identische Fälle nachzubearbeiten und eine Reihe von Änderungen, die sich durch Rechtsverfahren gegenüber dem allgemeinen Recht ergeben hätten, in das Verfahren einzubringen. Auch die Personaldaten der Justizbediensteten würden mit DIPSY verwaltet. Aktuell liege der Grad der Nutzung von DIPSY in der Landesverwaltung bei 94 %.

Im Hochschulbereich allerdings sei der Anschluss – bis auf die Beamten – noch nicht erfolgt. Es gebe etwa 60 000 wissenschaftliche Angestellte, unter denen eine große Fluktuation herrsche. Das Finanzministerium würde es begrüßen, wenn der Landtag einen gewissen Druck erzeugte, um auch den Hochschulbereich in das DIPSY-Verfahren aufnehmen zu können. LBV und Finanzministerium seien demgegenüber offen. Das Finanzministerium führe auch Gespräche und versuche, den Hochschulbereich in das Verfahren einzu beziehen, doch bestehe dort diesbezüglich ein gewisser inhaltlicher Widerstand.

Nachdem seitens des Wissenschaftsministeriums auf Frage des Vorsitzenden keine Wortmeldung erfolgte, schlug die Abgeordnete der SPD aufgrund der Erklärungen des Regierungsvertreters vor, folgende Beschlussempfehlung an das Plenum zu verabschieden:

*Der Landtag wolle beschließen,*

- 1. von der Mitteilung der Landesregierung vom 29. März 2006, Drucksache 13/5226, Kenntnis zu nehmen;*
- 2. die Landesregierung zu ersuchen,*
  - a) darauf hinzuwirken, dass der Hochschulbereich in das einheitliche Personalverwaltungssystem und Führungsinformationssystem Personal mit aufgenommen wird;*
  - b) dem Landtag bis Ende 2007 erneut zu berichten.*

Der Ausschuss stimmte dieser Fassung einstimmig zu.

04. 10. 2006

Klein